Antrag D02: Nahost

Status:	angenommen

Für gleiche Rechte im Nahen Osten/Westasien - gegen Rassismus und Antisemitismus

I.Einordnung

Die Linke hat auf ihrem Bundesparteitag 2024 in Halle einen Beschluss zur Situation in Israel und Palästina gefasst, der die Perspektiven der betroffenen Akteur*innen ernst nimmt, die

asymmetrischen Machtverhältnisse benennt und an die Verantwortung aller regionalen und internationalen Akteure für eine politische Lösung appelliert. Dieser wegweisende Beschluss erkennt das besondere historische Verhältnis Deutschlands zu Israel an und weitet diese Verantwortung ausdrücklich auch auf die Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde der Palästinenser*innen aus. Seitdem hat sich die Situation weiter katastrophal entwickelt.

Das Massaker der Hamas und verbündeter Milizen am 7. Oktober hatte die israelische Bevölkerung erschüttert und verängstigt, der ohnehin marginalisierten israelischen

Friedensbewegung schweren Schaden zugefügt und zu einer weiteren Radikalisierung der

jüdisch-israelischen Gesellschaft geführt. Die darauffolgenden militärischen Reaktionen der israelischen Regierung haben zu einer regionalen Eskalation geführt, deren Folgen bis heute anhalten. Laut UN wurden zwischen dem 07. Oktober 2023 und dem 28. Januar 2026 71.667 Palästinenser*innen in Gaza getötet und weitere 171.343 verletzt. Seit dem sogenannten Waffenstillstand, beginnend im Oktober 2025, sind es 492 Tote und 1.356 Verletzte.

Dunkelzifferschätzungen gehen von bis zu doppelt so vielen Opfern aus. Die humanitäre Lage bleibt katastrophal. Internationale Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche Völkerrechtler*innen sprechen angesichts der systematischen Zerstörung ziviler Infrastruktur, der massenhaften Tötung von Zivilist*innen, der Vertreibungsrhetorik führender israelischer

Regierungsmitglieder und der Blockade humanitärer Hilfe von schwersten Völkerrechtsverbrechen bis hin zu einem Genozid. Auch wir in der Linken sind mehrheitlich davon überzeugt, dass die systematisch begangenen Verbrechen einen Völkermord darstellen. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Untersuchung der Vorwürfe durch den Internationalen

Gerichtshof und den Internationalen Strafgerichtshof. Inmitten dieser Zerstörung besteht die palästinensische Gesellschaft weiter. Menschen organisieren sich, dokumentieren, bestehen auf ihre Existenz und ihrem Recht auf Selbstbestimmung.

Auch im Westjordanland verschärft sich die Lage dramatisch. Die eskalierende und tägliche

Gewalt bewaffneter Siedler*innen, militärische Übergriffe der israelischen Armee, großflächige systematische Vertreibungen palästinensischer Gemeinden und der gewaltsam fortgesetzte, illegale Siedlungsbau, insbesondere das Projekt E1, zerstören die letzten realen

Voraussetzungen für einen souveränen und zusammenhängenden palästinensischen Staat. Dabei ist nicht erst, aber endgültig seit Juli 2024 auch juristisch klar, dass die Besatzung, Entrechtung und Vertreibung in Palästina durch Israel eindeutig völkerrechtswidrig ist und Israel dazu nach internationalem Recht verpflichtet ist, die völkerrechtswidrig besetzten Gebiete zu Räumen und endlich palästinensische Selbstbestimmung zuzulassen.[1] Gleichzeitig kommt es zu bewaffneten Angriffen palästinensischer

Akteure auf Zivilist*innen, die wir

unmissverständlich verurteilen.

Diese Entwicklungen sind eingebettet in eine israelische Regierungspolitik, die immer offener autoritär, nationalistisch und expansionistisch agiert und sich dabei auf internationale

Rückendeckung stützt. Die palästinensische Bevölkerung hingegen fordert spätestens seit der Besatzung Palästinas durch britische Truppen 1917/1918 das ein, was ihr völkerrechtlich zusteht: einen eigenen Staat, Selbstbestimmung, ein Ende der Besatzung – durch welche

Besatzungsmacht auch immer. Diese Forderung ist keine Verhandlungsmasse, sie ist die politische Grundlage jeder ernsthaften Lösung. Frieden und tragfähige Verständigung können nur entstehen, wenn beide Seiten sich in ihrer Würde und ihrem Erleben ernst genommen

wissen, Mitgefühl erfahren und strukturelle Entrechtung sowie eklatante Ungleichheit überwunden werden. Die Friedensinitiativen der letzten Jahre, einschließlich Trumps sogenannten „Friedensplans“ von 2025, missachten das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen und verfestigen faktisch eine völkerrechtswidrige Ein-Staat-Realität, die von jüdisch-israelischer Vorherrschaft geprägt ist.

Die Politik der aktuellen aber auch einiger vorherigen Regierungen verändert auch die israelische Gesellschaft selbst: fortschreitende Militarisierung, systematischer Abbau rechtsstaatlicher Institutionen etwa durch die Justizreform und wachsende internationale Isolation sind Ausdruck einer autoritären Entwicklung, vor der wir als Linke nicht die Augen verschließen dürfen.

Gefährlich ist auch die schleichende Normalisierung von Besatzung und Gewalt innerhalb

Israels. Dauerhafte Verhältnisse von Besatzung, Entrechtung und Gewalt bleiben nicht ohne Folgen für die Gesellschaft insgesamt. Die Gewöhnung an Ausschluss und Gewalt untergräbt Empathie, Vertrauen und solidarisches Zusammenleben; Trauma, Angst und Gewalterfahrungen wirken dabei häufig über Generationen fort. Kinder wachsen unter diesen Bedingungen in Verhältnissen auf, in denen Feindbilder und Ungleichheit alltäglich werden. Das schwächt langfristig die Voraussetzungen für eine friedliche und demokratische Gesellschaft.

Fast 80 Jahre nach der Staatsgründung Israels und nahezu 60 Jahre nach Beginn der völkerrechtswidrigen Besatzung ist die Perspektive eines gerechten Friedens weiter entfernt denn je. Bemühungen, einen echten Waffenstillstand und die Freilassung aller Gefangenen und Geiseln zu bewirken, sind jedoch Schritte, die wir begrüßen.

II.Linke Politik, innerparteiliche Verantwortung und Selbstverständigung

Die Debatte über Israel und Palästina ist für Die Linke keine außenpolitische Randfrage. Sie berührt zentrale Fragen unseres friedenspolitischen und emanzipatorischen Selbstverständnisses. Zugleich ist sie in der Gesellschaft wie in unserer Partei umstritten und von unterschiedlichen historischen, theoretischen und biografischen Zugängen geprägt.

In der Partei wird über den Zionismus als politische Ideologie, über die Charakterisierung des Konflikts als siedlungskolonial, über das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus sowie über Formen legitimen politischen Widerstands kontrovers diskutiert. Diese Debatten sind notwendig. Sie dürfen jedoch weder in Relativierungen von Gewalt noch in gegenseitige Delegitimierung umschlagen.

Wir halten fest: Das Unrecht gegenüber den Palästinenser*innen begann nicht erst 1967 oder 2023, sondern spätestens 1948 mit der Nakba, der Flucht und Vertreibung hunderttausender Palästinenser*innen im Zuge der israelischen Staatsgründung und des darauffolgenden Angriffs der arabischen Nachbarstaaten. Diese historische Erfahrung ist zentral für das palästinensische Selbstverständnis und darf weder relativiert noch marginalisiert werden. Gegenwärtig leben

Millionen palästinensische Geflüchtete in Flüchtlingslagern sowie in der ausländischen

Diaspora. Ihnen wird bis heute der Zugang zu ihrem Heimatland verwehrt. In vielen Ländern leiden sie nach wie vor unter massiver Stigmatisierung und staatlicher Repression.

Gleichzeitig erkennen wir an, dass der Zionismus seit dem späten 19. Jahrhundert die eine historische Reaktion auf jahrhundertelangen europäischen Antisemitismus war und ist sowie für einige Jüdinnen*Juden einen legitimen Wunsch nach Sicherheit und Selbstbestimmung ausdrückt. Palästina als historischer Bezugspunkt schien und scheint ihnen als Heimstatt geeignet, dies

missachtete aber auf fatale Weise die Perspektive der dort lebenden arabischen Bevölkerung, die damals aus muslimischen, christlichen und jüdischen Menschen bestand, auch wenn es in der zionistischen Bewegung auch Stimmen gegeben hat, die für eine friedliche

Koexistenz eintraten. Für zahlreiche Jüdinnen*Juden war die

Flucht nach Palästina dann in den 1930er und 1940er Jahren zudem die einzige Möglichkeit, dem Vernichtungsantisemitismus des deutschen Faschismus zu entkommen. Nach der Staatsgründung wurde Israel auch zum Zufluchtsort für Jüdinnen*Juden, die etwa aus

arabischen Ländern und Osteuropa vertrieben wurden. Diese Ambivalenz anzuerkennen, bedeutet weder, den ethnonationalistischen und kolonialen Charakter des Siedler-Zionismus zu leugnen, noch heutige Unrechtsverhältnisse zu rechtfertigen.

Wir bekennen uns daher weiterhin unmissverständlich zum Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen*Juden und Palästinenser*innen in aller Welt. Dies schließt ausdrücklich das Recht beider Bevölkerungen auf Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung ein – sei es in einer integrativen Zweistaatenlösung oder in einer gemeinsamen demokratischen Ordnung, sofern diese von den betreffenden Bevölkerungsgruppen getragen wird und gleiche Rechte für alle gewährleistet.

Zugleich stellen wir fest, dass Israel der palästinensischen Bevölkerung in den völkerrechtswidrig besetzten Gebieten die politische und nationale Selbstbestimmung und grundlegende Menschenrechte vorenthält. Innerhalb Israels erleben Palästinenser*innen

soziale und politische Diskriminierung. Die Lage zwischen Mittelmeer und Jordan ähnelt daher aktuell einer Ein-Staaten Realität mit jüdisch-israelischer Vorherrschaft.

Gewalt, Krieg und Vertreibung im Nahen Osten gehen auf die koloniale Geschichte zurück und werden fortgesetzt von den „westlichen Staaten“ geschürt um ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen. Um eine friedliche Lösung im Nahen Osten durchzusetzen, ist es deswegen erforderlich, den Kampf für Abrüstung, Deeskalation und eine zivile Entwicklung hier - in den USA, der EU und der BRD - verstärkt aufzunehmen.

Aus dieser Analyse folgt für uns als Partei eine doppelte Verantwortung: gegen Antisemitismus sowie für den Schutz jüdischer Selbstbestimmung und gleichzeitig für die Rechte, die Sicherheit und die Selbstbestimmung der Palästinenser*innen sowie gegen anti-palästinensischen

Rassismus einzustehen. Beides ist untrennbar miteinander verbunden. Diese Verantwortung wahrzunehmen, heißt für uns, solidarische und auf wechselseitige Anerkennung und Empathie ausgerichtete politische Lösungsvorschläge von lokalen Akteur*innen zu unterstützen, die demokratisch legitimiert sind und die sowohl für das Selbstbestimmungsrecht von Palästinenser*innen eintreten als auch das von Jüdinnen*Juden schützen. Wir berücksichtigen diese Perspektiven in unserer politischen Auseinandersetzung. Dabei orientieren wir uns an völkerrechtlichen Maßstäben, menschenrechtlichen Analysen sowie an den Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen selbst.

Wir verurteilen die Hamas als islamistische, antisemitische Organisation und lehnen ihre

Gewalt entschieden ab. Zugleich wissen wir, dass militärische Unterdrückung, Besatzung und Entrechtung keine Sicherheit schaffen, sondern Gewalt reproduzieren. Unsere politischen Bezugspunkte sind jene zivilgesellschaftlichen, linken, gewaltfreien, feministischen und antikolonialen Kräfte in Israel und Palästina, die für Gleichberechtigung, ein Ende der Besatzung und eine gemeinsame Zukunft in Freiheit und Sicherheit aller Menschen in der Region eintreten.

Die innerparteilichen Fachgespräche der letzten Monate haben gezeigt, wie groß der Bedarf an politischer Klärung, an gegenseitigem Zuhören und an Schutz vor Diffamierung ist. Als Partei wollen wir diese Debatten solidarisch, kontrovers und respektvoll führen. Für

Gewaltverherrlichung, Einschüchterung, antisemitische oder rassistische Positionen ist dabei kein Platz.

Gleichzeitig verteidigen wir all diejenigen, die sich für palästinensische Rechte, für einen Waffenstillstand und für einen gerechten Frieden engagieren und dabei Repression,

Kriminalisierung oder Polizeigewalt erfahren. Friedlicher Protest, internationale Solidarität und auch Boykott- und Sanktionsaufrufe sind legitime Mittel politischer Auseinandersetzung, sofern sie wirksam und zielgerichtet die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen und Besatzungspolitik, aber nicht unterschiedslos die israelische Bevölkerung treffen.

Für unsere politische Praxis heißt das:

- Die Linke führt innerparteiliche Debatten zu Israel und Palästina strukturiert, transparent und geschützt vor Diffamierung. Politischen Kampagnen und Mobilisierungen gegen

Genoss*innen treten wir gemeinsam entgegen.

- Die Linke stellt sich gegen Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und gegen die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts für innenpolitische Hetze.
- Die Linke setzt sich weiterhin für die Anerkennung des Staates Palästina im Einklang mit sämtlichen UN-Resolutionen, für den Abbau illegaler jüdischer Siedlungen im besetzten Westjordanland sowie für eine integrative Zweistaatenlösung ein, in der das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser*innen als auch von Jüdinnen und Juden verwirklicht werden kann. Sie erkennt an, dass eine integrative Zweistaatenlösung angesichts der fortgeschrittenen Siedlungspolitik und der fehlenden politischen Bereitschaft auf israelischer Seite zunehmend schwerer umsetzbar wird, und stärkt daher den Austausch mit sozialistischen und anderen progressiven Kräften, die alternative Modelle gleichberechtigter Staatlichkeit entwickeln.
- Die Linke verteidigt auch in der Bundesrepublik Deutschland das Recht auf friedlichen Protest und politische Meinungsfreiheit für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina – auch dann, wenn Positionen umstritten sind.

In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an Demonstrationen für den Frieden, gegen Antisemitismus und Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen und Juden sowie Palästinenser*innen in Israel und Palästina. Wir organisieren Veranstaltungen zur

Aufklärung über die aktuelle Situation in Israel und Palästina sowie ihre ambivalente historische Genese und erarbeiten entsprechende Materialien.

III.Unsere Forderungen

Die deutsche Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung. Diese Verantwortung darf nicht auf eine einseitig verstandene „Staatsräson“ reduziert werden, die

Völkerrechtsverletzungen relativiert oder legitimiert. Deutschland ist völkerrechtlich verpflichtet, Waffenlieferungen in Konfliktregionen zu unterlassen und aktiv zur Beendigung von Besatzung,

Krieg und Unterdrückung beizutragen.

Die fortgesetzte politische, diplomatische und militärische Unterstützung der israelischen

Regierung trotz dokumentierter Kriegsverbrechen stellt einen Bruch mit diesen Verpflichtungen dar. Der Antrittsbesuch des Bundeskanzlers Merz bei Benjamin Netanjahu trotz internationalem Haftbefehl war ein fatales Signal der Normalisierung.

Ein gerechter Frieden setzt die Anerkennung der palästinensischen Selbstbestimmung ebenso voraus wie die Sicherheit jüdischen Lebens. Dies schließt die Anerkennung der historischen Verantwortung für die Nakba und die Notwendigkeit einer Verhandlung über das Rückkehrrecht palästinensischer Geflüchteter ein, wie sie unter anderem in UN-Resolutionen vorgesehen ist.

Wir fordern:

- Den konsequenten Einsatz der Bundesregierung für einen sofortigen, tatsächlichen und nachhaltigen Waffenstillstand an allen Fronten!

- Den Rückzug der israelischen Armee aus allen seit 1967 völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich der aktuell im Südlibanon und in Syrien eingenommenen Besatzungspunkte.

- Hilfe leisten! Die ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im

Gazastreifen, den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur, insbesondere Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen Stätten.

- Die Umwandlung der UN Resolution 2803 in eine die palästinensische Selbstbestimmung nachhaltig unterstützende Resolution, die die Umwandlung des

„Board of Peace“ von einem neo-kolonialen Instrument hin zu einer demokratisch legitimierten Körperschaft, die palästinensisches Selbstbestimmungsrecht in den Mittelpunkt rückt.

- Die Bundesregierung soll Palästina als eigenen Staat in den Grenzen von 1967 mit

Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen, um so die Möglichkeiten einer gerechten, das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser*innen als auch von Jüdinnen*Juden in Israel und Palästina verwirklichenden politischen Lösung zu stärken und damit einen nachhaltigen Friedensprozess in Israel und Palästina zu befördern.

- Deutschland und die EU müssen auch den Druck auf die noch ausstehenden Staaten der Region erhöhen, den Staat Israel im Rahmen einer friedlichen Lösung in Israel und Palästina anzuerkennen und der Forderung nach einer Vernichtung des Staates entgegenzutreten. Dies gilt besonders für den Iran, dessen Regime nicht nur die eigene Bevölkerung unterdrückt, sondern durch die Unterstützung von Milizen auch die Kriege in der Region befeuert hat.

- Schluss mit Besatzung, Vertreibung und Siedlungsbau! Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat in seinem Rechtsgutachten vom 19. Juli 2024 festgestellt, dass die israelische Besatzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems gegen das Völkerrecht verstößt und dass Israel verpflichtet ist, die Besatzung „so schnell wie möglich“ zu beenden. Wir unterstützen gewaltfreie Versuche, die Besatzungspolitik Israels zu beenden, ausdrücklich. Darin eingeschlossen sind Forderungen nach wirtschaftlichen

Sanktionen gegen Akteur*innen, die von der illegalen Besatzungspolitik profitieren. Die Linke wird mit darüber hinaus parlamentarischen Initiativen im Bundestag versuchen, den Forderungen des IGH-Gutachtens Geltung zu verschaffen.

- Israel muss sich entsprechend des Waffenstillstandsabkommens mit dem Libanon aus dem November 2024 aus libanesischem Gebiet zurückziehen.

- Die Hamas muss ihren bewaffneten Kampf, ihr Ziel einer Zerstörung Israels und ihre

Diktatur in Gaza aufgeben, um den Weg zu Frieden und demokratischer Selbstregierung der

Palästinenser*innen frei zu machen.

?Die materielle und diplomatische Unterstützung jener Organisationen und zivilgesellschaftlichen Kräfte, die in Israel und Palästina gemeinsam für Dialog,

Selbstbestimmung und gleiche Rechte eintreten – gerade dort, wo das unter Repression und extremen Druck geschieht.

?Die konsequente Unterstützung internationaler Gerichtsbarkeit und die vollständige Aufklärung und Ahndung aller Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und ihrer

Organisationen – insbesondere UNWRA – muss gegen politischen Druck und Finanzierungsentzug aktiv verteidigt werden.

?Geflüchtete schützen! Wir fordern, dass Geflüchtete aus Gaza und dem Westjordanland umgehend den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten und vor Abschiebung geschützt werden. Es braucht die Einrichtung eines Aufnahmeprogramms mit

zusätzlichen Plätzen, das den betroffenen Menschen einen gesicherten Status und damit eine sichere Zukunft in Deutschland ermöglicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, die aktuelle Praxis des BAMF zu beenden, wonach Anträge nicht behandelt werden, weil die Lage in Gaza zu unübersichtlich sei.

?Palästinensisches Leben in Deutschland schützen und stärken! Wir setzen uns für Dialogprojekte sowie politische und kulturelle Initiativen ein, die der palästinensischen Kultur und Geschichte mehr Sichtbarkeit im deutschen öffentlichen Diskurs verschaffen und verdeutlichen damit, dass palästinensisches Leben auch zu Deutschland gehört!

?Jüdisches Leben in all seiner Vielfalt in Deutschland schützen und stärken! Wir setzen uns für eine Stärkung der Beziehungen zu den vielfältigen jüdischen Verbänden und

Akteur*innen in Deutschland ein um ihre Stimmen im öffentlichen Diskurs und im Alltag zu stärken. Antisemitismus und Hass gegen Jüdinnen*Juden werden wir niemals

tolerieren.

- Am 30. März hat die Knesset mit einer knappen Mehrheit für die Verschärfung der Todesstrafe gestimmt. Itamar Ben-Gvir, Minister in der rechtsradikalen Regierung Netanjahus und Initiator des Gesetzes, trug während der Abstimmung eine Anstecknadel in Form eines goldenen Stricks und feierte das Ergebnis mit Baklava und Sekt.Das neue Gesetz sieht die Todesstrafe faktisch nur für Palästinenser*innen vor, und ist für israelische Militärgerichte, die über Palästinenser*innen im Westjordanland urteilen, für bestimmte Vergehen zukünftig obligatorisch zu vollstrecken.Dieses Gesetz gießt die massive gesellschaftliche Ungleichbehandlung insbesondere in den besetzten Gebieten in verbrecherischer und rassistischer Absicht in vermeintliches Recht.Für uns als Linke sind die Gleichheit und Würde aller Menschen und das Recht auf Leben oberste Maxime. Wir verurteilen daher diesen eklatanten, weiteren Verstoß gegen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Charta der UN aufs Schärfste.Unsere Solidarität gilt allen Betroffenen sowie allen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen in Israel und Palästina, die diesen Bruch mit den Menschenrechten nicht hinnehmen und für die Abschaffung der Todesstrafe und ein friedliches Miteinander aller Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan eintreten.

[1] https://www.icj-cij.org/node/204176